

Wilhelm

Zeitung für Wilhelmsfeld

01.08.2021 / Nr. 7

Herausgegeben von den Freien Wählern Wilhelmsfeld e.V.

www.fw-wilhelmsfeld.de

**Jeder Haushalt bekommt einen Glasfaseranschluss kostenfrei
von der Gemeinde ins Haus gelegt – eines der Themen des Jahres 2021**



*Der Gemeinderat möchte auf dieser Fläche ein Nahversorgungszentrum ermöglichen. Dazu hat er eine Veränderungssperre erlassen und die Aufstellung eines Bebauungsplanes. Wegen eines Bürgerentscheids konnte aber kein Plan erarbeitet werden. Jetzt müssen erst einmal die Bürger*innen entscheiden.*

Näheres in diesem WILHELM

IN DIESEM WILHELM FINDEN SIE:

Das Glasfaser wird kommen – Wilhelmsfeld legt die Grundlagen für eine digitale Zukunft?	3	Stadtmobil auf dem Land? – ein Modellprojekt	12
Das Dauerthema sind die Zustände auf den Straßen	4	Die Entwicklung der Lebensmittelversorgung in Wilhelmsfeld ist ein Spiegel der Zeit	13
In Wilhelmsfeld wohnt man in der Ruhe und im Grünen? Verkehrssituation Johann-Wilhelm-Straße	5	Wilhelmsfelder E-Bike Ladestation	14
Gebt den Kommunen mehr Entscheidungsspielraum	6	10 Jahre Städtepartnerschaft mit Calamba/ 160. Geburtstag Dr. José-Rizal	15
Corona und die Auswirkungen bei den Wilhelmsfelder Sportvereinen	8	Ehrenmitgliedschaft bei der TSG für Gemeinderat Werner Hertel	16
Gemüseanbau im Bebauungsplan verboten	9	Der Bebauungsplan Schriesheimer Hof – CDU, Bürgergemeinschaft und Freie Wähler empfehlen mit „Nein“ zu stimmen	17
Die Dauerbaustelle Schulbetreuung	10	Die Entwicklung Wilhelmsfeld -Blick in die Zukunft- Versorgung der Bürger	18
Jugendbeteiligung in Wilhelmsfeld und ein Bundesmodellprojekt	10	Was tut sich am Buchenhain?	19



DAS GLASFASERNETZ WIRD KOMMEN – WILHELMSFELD LEGT DIE GRUNDLAGEN FÜR EINE DIGITALE ZUKUNFT?

von Stefan Lenz, Dina Lindner

Schnelles Internet – kaum einer glaubt noch daran, dass sich diesbezüglich bald etwas verändern wird. Im Grunde ist die Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen Aufgabe des Bundes. Durch die Privatisierung der Deutschen Bundespost ist das Monopol des Staats gefallen und es ist zu einer privatwirtschaftlichen Lösung gekommen, was sicherlich auch einige Vorteile hat. Allerdings liegt aus der Sicht von Wilhelmsfeld ein klares Marktversagen vor. Es gab von keiner der Telefongesellschaften irgendeinen Plan, wie sie Wilhelmsfeld mit Glasfaseranschlüssen versorgen können. Aus diesem Grund hat die Gemeinde Wilhelmsfeld eine Ausschreibung (Interessensbekundung) gestartet, und so nachgefragt, welche Kommunikationsfirma bereit wäre den Ort mit Glasfaserkabeln zu versorgen. Daraufhin hat sich keine Firma gemeldet. Damit ist das Marktversagen also amtlich.

Aus diesem Grund war es möglich Zuschüsse des Bundes und der Länder von bis zu 90% der Investitionskosten für den Fibernetanschluss zu beantragen. Das hat der Gemeinderat dann auch in die Wege geleitet und mit der Tochtergesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises ‚Fibernet‘ (eine Tochter der AVR Rhein-Neckar) umgesetzt. Das heißt, die Ausschreibung der Ingenieurleistungen für die Planung und die Beantragung der Zuschussmittel wurden vorgenommen. Somit soll das Projekt dann Ende 2021 oder Anfang 2022 losgehen.



Das bedeutet konkret, dass jeder Haushalt, der dem zustimmt, einen Glasfaseranschluss kostenfrei bis ans Haus bekommt. Bei den Haushalten die dem nicht zustimmen, endet der Glasfaseranschluss an der Grundstücksgrenze. Dieser Ausbau wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Wir rechnen mit zwei bis drei Jahren. Er wird in kleineren Abschnitten vorgenommen.

Jeder Haushalt wird kostenfrei einen Glasfaseranschluss ans Haus gelegt bekommen

Damit ist zumindest sichergestellt, dass das Glasfaser kommt, die Bürger den Anschluss kostenfrei bis ins Haus bekommen und sich lediglich um die Verteilung innerhalb des Hauses selbst kümmern müssen. Die Gemeinde Wilhelmsfeld ist Eigentümerin des Netzes, wodurch sie und damit auch die Bürgerinnen und Bürger Durchleitungsentgelte verdient. Das bedeutet, je mehr Menschen den Glasfaseranschluss nutzen desto mehr Einnahmen werden generiert. Möglicherweise wird das sogar eine lukrative Einnahmenquelle für die Gemeinde Wilhelmsfeld. Das wäre ein sehr schöner Nebeneffekt. Für den Gemeinderat stand jedoch im Vordergrund, dass es endlich in diesem Bereich für alle vorwärtsgesht.

Das Netz ist offen. Das heißt, grundsätzlich kann mit jeder beliebigen Telekommunikationsfirma ein Vertrag abgeschlossen werden, die dann das Netz der Gemeinde Wilhelmsfeld nutzt.

Insgesamt ist es ja aber eher still um den Glasfaserausbau geblieben, aber um Enttäuschungen vorzubeugen hat sich die Gemeinde Wilhelmsfeld darauf verständigt mit einer offensiven Werbung erst dann zu beginnen, wenn klar ist, wann dieser Glasfaseranschluss tatsächlich umgesetzt wird.

Das Projekt war nicht einfach. Bürgermeister Oeldorf hat sich hier sehr eingesetzt. Trotz, dass der Gemeinderat bereits alle Beschlüsse hierzu gefasst hatte wurde die Gemeinde in den sozialen Netzwerken vom ein oder andere Bürger angegangen. Deshalb möchten wir hier anmerken, dass Beschlüsse im Amtsblatt und in der Rhein-Neckar-Zeitung veröffentlicht werden und können dort nachgelesen werden.

Die Gemeinde Wilhelmsfeld ist zur Umsetzung des Glasfaseranschlusses dem Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar beigetreten, dieser hat folgende Information veröffentlicht:

Der fehlende Ausbau von privaten Telekommunikationsanbietern wegen heterogener Gebiete im Rhein-Neckar-Kreis lösen ein Marktversagen aus. Damit der Rhein-Neckar-Kreis aber nicht von der Datenautobahn der Zukunft abgeschnitten wird, packen wir es selbst zusammen an. Im Schulterschluss mit seinen 54 Städten und Gemeinden stellt der Rhein-Neckar-Kreis jetzt in Form des Zweckverbandes High-Speed-Netz Rhein-Neckar die Weichen für das digitale Zeitalter. Jede Bürgerin, jeder Bürger, jede Kommune und jedes Unternehmen wird die Möglichkeit bekommen, das flächendeckende Glasfasernetz der Zukunft zu nutzen.

Quelle: www.fibernet-rn.de



DIE DEUTSCHE TELEKOM, DIE DERZEIT DAS KUPFERKABELNETZ BETREIBT, HAT SICH IN WILHELMSFELD NICHT ENGAGIERT. WIR DÜRFEN VON MARKTVERSAGEN SPRECHEN. DIE GEMEINDE WILHELMSFELD WIRD NUN TÄTIG. EINE WEITERE AUFGABE FÜR DIE KOMMUNE.

DAS DAUERTHEMA SIND DIE ZUSTÄNDE AUF DEN STRASSEN

von Brit Boyde, Werner Hertel, Klaus Höhr und Stefan Lenz

Ein großes Problem der Gemeinde ist der Zustand der öffentlichen Straßen, des Kanalnetzes und der Wasserversorgung. Durch den steigenden Strombedarf in Folge der zunehmenden Elektromobilität müsste auch das Stromnetz modernisiert bzw. ausgebaut werden.



WIE HIER EIN BILD AUS DER SILBERGASSE ZEIGT, WURDE BEIM BAU/AUSBAU VIELER STRASSEN EINFACH ASPHALT AUF ERDE GELEGT.

Hier ist in der Vergangenheit wenig passiert. Das Straßennetz und die darunterliegende Infrastruktur sind teilweise in einem sehr schlechten Zustand. Einige Straßen sind noch nicht erschlossen, das heißt hier sind noch Anliegerbeiträge für die Errichtung der Straße notwendig. Wasser- und Abwasserbeiträge sind weitgehend erhoben worden, das bedeutet dass die Anwohner hier nichts mehr zahlen müssen. Ein Kilometer Straße kostet zirka eine Million Euro. Die Gemeinde Wilhelmsfeld verfügt über 24 Kilometer Straßennetz. Das bedeutet, dass wir abzüglich der bereits sanierten Straßen (Kohlhofweg, José-Rizal-Straße, Schulstraße, Teile der Silbergasse und Höhenweg), die erst wieder in zirka 20 Jahren saniert werden müssen, von einem Sanierungsbedarf von rund 21 Millionen Euro ausgehen. Hier müssten jedoch noch die Straßenbauarbeiten abgegrenzt werden, die auf die Anlieger umgelegt werden können.

Dies bedeutet, dass wir bezogen auf eine Abschreibung von 30 Jahren, jedes Jahr knapp und sehr grob geschätzt 700.000 Euro investieren müssten. Dies ist eine Summe, die aus dem laufenden Haushalt der Gemeinde Wilhelmsfeld nach dem alten Haushaltsrecht (Zuführungsrate von bestenfalls 330.000 Euro) kaum machbar zu sein scheint. Zumal die seitherigen Zuschüsse (z.B. Kinderbetreuung, Schule) nicht reduziert oder gestrichen werden sollen. Hinzu kommt, dass sich die Haushaltssituation in den kommenden Jahren deutlich verschlechtern wird. Hintergrund sind die geschätzt geringeren Einnahmen in Folge der Corona-Maßnahmen.

Es besteht ein gewisser Handlungsdruck, da der Untergrund bereits erhebliche Mängel aufweist und die Wasserverluste den laufenden Gebührenhaushalt belasten. Wir sollten daher zügig handeln und im Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss fassen, wie die Sanierung und Finanzierung des Straßennetzes innerhalb einer überschaubaren Zeiträume gelingen kann. Natürlich wäre es eine Möglichkeit, die Einwohnerzahl deutlich zu erhöhen. Am einfachsten wäre die Umsetzung an den bereits bestehenden Straßen, an denen bereits eine Bebauung möglich aber noch nicht erfolgt ist.

Dies wird jedoch nicht komplett umsetzbar sein und es wäre auch nicht ausreichend. Wenn wir davon ausgehen, dass jeder Einwohner im Schnitt 700 Euro zusätzliche Einnahmen bedeutet, müsste dies einen Einwohnerzuwachs von 1000 neuen Einwohnern bedeuten. Geht man von einer Dreistöckerbebauung aus, müssten über 3 Hektar Land neu versiegelt werden, je nachdem wie massiv die Bebauung ist und wie viel Wohnfläche jeder Einwohner benötigt. Eine Zahl bei der deutlich wird, dass dies nicht die einzige Lösung des Problems sein kann. Sicherlich ist es wichtig, dass entlang der bereits vorhandenen Straßen die Möglichkeit der Bebauung geprüft wird. Aber es gilt auch die bereits in die Wege gebrachten Bebauungspläne umzusetzen. Weitere Neubaugebiete wird es aus unserer Sicht in den nächsten

Jahren keine geben. Aber vielleicht gelingt es auch leerstehende Häuser oder Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zuzuführen.

Aber diese Zahl zeigt auch deutlich, dass die Finanzierung allein über Einwohnersteigerungen nicht zu erreichen sein wird. Deshalb sind die Anpassungen der Hebesätze bei der Grundsteuer eine mögliche Maßnahme zur Mitfinanzierung der notwendigen Straßensanierungen. Bei der anstehenden Reform des Grundsteuerrechts wird diese Diskussion geführt werden müssen. Die Freien Wähler haben einen Vorschlag ausgearbeitet und diesen zur Diskussion in den Gemeinderat eingebracht.



DER ZUSTAND DER STRASSEN IST SCHLECHT. MANGELS FINANZAUSSTATTUNG UND ZUSCHÜSSEN IST ÜBER VIELE JAHRE WENIG PASSIERT. EINIGE STRASSEN SIND NOCH „FELDWEGE“, ES IST NOCH KEIN AUSBAU ERFOLGT. HIER WERDEN AUCH NOCH ANWOHNERBEITRÄGE FÄLLIG. DER JETZIGE GEMEINDERAT MUSS DIE UNDANKBARE AUFGABE ÜBERNEHMEN DIESEN ZUSTAND ZU ÄNDERN.

IN WILHELMSFELD WOHT MAN IN DER RUHE UND IM GRÜNEN? VERKEHRSSITUATION JOHANN-WILHELM-STRASSE

von Klaus Höhr, Dina Lindner, Marion Bauder

Wodurch unterscheidet sich die Verkehrssituation in Neckarsteinach Neckargemünd Wiesenbach Schriesheim Hirschberg

und Wilhelmsfeld?

Bei den erstgenannten Kommunen gibt es bereits ein Tempolimit von 30 km/h bei den Durchgangsstraßen. In Wilhelmsfeld nicht – noch nicht.

Was haben diese Kommunen bereits unternommen?

Zunächst ging es darum, dass vom Gemeinderat im Haushaltsplan Mittel bereitgestellt wurden, damit ein Lärmgutachten erstellt werden kann. Ein Lärmgutachten wird für jede einzelne Kommune benötigt, um zum einen die Verkehrsbelastung und zum anderen aber auch die Lärmbelastung der betroffenen Bewohner ermitteln zu können. Hierzu muss vom Gemeinderat ein Gutachterbüro beauftragt werden. In dem Gutachten wird dann analysiert welche Bewohner betroffen sind und um welche Zeiten die Verkehrsbelastung bzw. der Lärm am höchsten sind. Und auch wie viele und welche Fahrzeugarten die Verkehrswege nutzen. Danach wird dieses Gutachten im Gemeinderat vorgestellt. Der nächste Schritt ist dann die Offenlegung für die Bevölkerung damit Gelegenheit für Stellungnahmen oder Anregungen besteht. Nach der Bürgerbeteiligung beschließt der Gemeinderat den Lärmaktionsplan und das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis wird mit der Umsetzung beauftragt.

Nach der Fertigstellung des Branichtunnels sowie dem Ausbau der L 536 hat der Fahrzeugverkehr stark zugenommen. Betroffen ist die Johann-Wilhelm-Straße von den Ortsteilen Neue Mühle und Unterdorf bis zu den Ortsausgängen nach Ziegelhausen, Altenbach und Schriesheim. Unter der Woche macht sich dies stark mit dem erhöhten Schwerkraftver-

kehr bemerkbar (hier wird wohl die Strecke als Abkürzung von der A 6 bis zur Autobahn A5 genutzt. Denn hier fällt keine Maut an) und besonders an den Wochenenden und Feiertagen kommen noch die Motorradfahrer hinzu, die mit ihren Maschinen ebenfalls oft gut hörbar durch den Ort fahren. Dazu kommen aber auch noch die Pendler aus dem Steinachtal Richtung Bergstraße bzw. Mannheim und Heidelberg, die durch den Tunnel einige Minuten sparen. Aber auch der Busverkehr hat in den letzten zehn Jahren um 30 % zugenommen. Vom Lärm sind auch die angrenzenden Straßen Am Hinterberg, Heidelberger Straße, Altenbacher Straße, Schriesheimer Straße und Teile der Schulstraße, Am Buchenhain und Richard-Wagner Straße betroffen.

Die Freien Wähler werden im Herbst eine Befragung der Anwohner*innen der Johann-Wilhelm-Straße durchführen. Bitte beteiligen Sie sich daran. Nur wenn viele mitmachen haben wir Argumente für ein Tempo 30 – was alle ändern Bewohner*innen der Ortsstraßen schon lange haben. Die Befragung finden Sie Ende Juli in ihrem Briefkasten.

Vor allem in den Abend- und Nachtstunden wird bei 2 Teilstücken deutlich mehr als die derzeit erlaubte Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gefahren. Hierbei handelt es sich um den Bereich zwischen Hilsbachhalle und Rathaus, sowie das Teilstück zwischen der Wilhelmshöhe und dem Schriesheimer Hof.

Derzeit ist das Tempo 30-Schild noch mit diesem Zusatzzeichen eingeschränkt. Die Freien Wähler möchten, dass es abmontiert wird.



Was wurde unternommen und wie soll es weitergehen?

Seit Jahren steht ein kleines Schild mit Tempo 30 gegenüber der Esso Tankstelle. Dies gilt für LKW (ohne Busse) bis zum Ortsschild bei der Autohalle. Bei der Mehrzahl der betroffenen Fahrzeughalter findet dies aber scheinbar keine große Beachtung. Aufgrund der Kinderbetreuung in der Hilsbachhalle besteht dort seit einigen Monaten eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h. Aber nur von der Autohalle bis zur Einmündung Schulstraße und lediglich von Montag-Freitag zwischen 07:00 und 17:00 Uhr. Bei den Verkehrstagesfahrten mit den Vertretern von Landratsamt, Polizei sowie der Gemeinde fanden Anregungen und Vorschläge von unserer Seite wenig bis gar kein Gehör.

Hierbei ging es allerdings nicht nur um Lärmbelästigung, auch die Sicherheit der Mitbürger*innen steht für uns im Vordergrund. So führt der Schulweg entlang der Johann-Wilhelm-Straße, sie muss von Fußgängern oft überquert werden um an der Straße liegende Einrichtungen und die Haltestellen zu erreichen, wobei es lediglich zwei gekennzeichnete Überwege dafür gibt und manche unübersichtliche Ausfahrt/Kreuzung hat schon zu einigen gefährlichen Situationen geführt. Leider fanden auch diese Aspekte kein Anlass zum Handeln seitens des Landratsamtes.

Für den Haushalt 2021 wurden vom Gemeinderat Mittel für die Beauftragung eines Lärmgutachtens bereitgestellt. Nun gilt es im nächsten Schritt zu beschließen, dass ein Gutachterbüro mit der Erstellung des Gutachtens im Rahmen eines Lärmaktionsplanes beauftragt wird. Und vor allem, dass die Ergebnisse dann auch zeitnah umgesetzt werden, damit die geplagten Anwohner*innen von der Umsetzung profitieren.

GEBT DEN KOMMUNEN MEHR ENTSCHEIDUNGSSPIELRAUM

von Stefan Lenz

Die Erwartungen der Bürger an ihre Kommune sind unglaublich hoch. Dies kann man bei regelmäßigen Rückmeldungen im Ort immer wieder hören. Wer auf Facebook schaut ist oft überrascht, welche Erwartungshaltungen an eine Kommune gestellt werden. Man hat den Eindruck, dass diese auf ganzer Linie versagt.

Bezüglich der Situation des früheren Edeka-Markts gab es die Erwartungshaltung: „Die Gemeinde soll es richten“. Dabei ist die Gemeinde weder Eigentümerin des Gebäudes, noch hat sie die Möglichkeit den Laden zu betreiben. An diesen Beispielen wird deutlich welchen Spielraum eine Gemeinde hat. Selbstverständlich könnten wir unsere Bemühungen publikumswirksam darstellen. Das würde aber unterm Strich wenig bringen. Und natürlich hat sich die Gemeinde gekümmert. Und sie hat gelernt. Eine solche Situation soll es nicht nochmal geben. Daher der Bebauungsplan am Schriesheimer Hof. Natürlich war die Gemeinde im Hintergrund damit beschäftigt zu vermitteln, zu suchen, zu moderieren und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen. Klar ist, dass es nicht die Aufgabe einer Kommune ist, dass im Ort ein Laden zum Einkaufen vorhanden ist, wenngleich sie natürlich ein Interesse daran hat, da dadurch ein Ort attraktiver wird. Gleichzeitig ist es spannend zu sehen, wer die Forderung nach einem Laden erhebt.

Zusätzlich nehmen wir zur Kenntnis, dass der Staat (Bund, Land) sich aus wesentlichen Bereichen der Daseinsfürsorge zurückgezogen hat. War der Staat früher zuständig für den öffentlichen Personennahverkehr in Form der Bundesbusdienste Deutsche Bundespost und Deutsche Bundesbahn, ist es heute die Kommune die dafür geradestehen muss. Und was noch schlimmer ist, die Kommune hat kaum Einflussmöglichkeiten, weil eigentlich der Landkreis für den öffentlichen Personennahverkehr zuständig ist. Die jeweilige Kommune kann allenfalls bezahlen. Ein weiteres Beispiel: die Deutsche Bundespost war früher für die Telekommunikation zuständig. Dies hat sich verändert. Aktuell ist der Glasfaserausbau in

den Kommunen erforderlich. Trotz eines Bundesgesetzes scheint der Bund nicht mehr so ganz zuständig zu sein oder zumindest fühlt er sich nicht mehr zuständig. Der Bund zahlt Fördergelder und delegiert die Verantwortung über das schnelle Internet an die Kommunen. Wäre es nicht einfacher gewesen jeden Haushalt vom Bund zu erschließen? Die Gemeinde Wilhelmsfeld hat das an einen Zweckverband bei der AVR delegiert. Dies ist ein Zusammenschluss aller Kommunen im Rhein-Neckar-Kreis. Klappt dies nicht, machen die Bürger natürlich die Gemeindeverwaltung oder den Gemeinderat verantwortlich.

Noch ein Beispiel: Der Bund hat den Ausbau der Kindertagesbetreuung als Rechtsanspruch in ein Bundesgesetz gepackt. Zugegebenermaßen haben Land und Bund auch viel Geld dazu gegeben. Aber es führt dennoch zu einer Kostensteigerung der kommunalen Haushalte. Die Ausgestaltung ist Sache der jeweiligen Kommune, was natürlich inhaltlich gut ist. Die Kommune weiß, was vor Ort notwendig ist. Sie braucht aber für die Umsetzung auch entsprechende Finanzmittel.

Den Kommunen in Baden-Württemberg geht es verhältnismäßig gut und sicherlich „jammern“ alle hier auf hohem Niveau. Das kann jeder bestätigen der in anderen Bundesländern mit Kommunalpolitikern gesprochen hat. Dennoch bleiben die Ansprüche der Bürger an die Kommunalpolitik groß. Und Kommunalpolitik wird ehrenamtlich von gewählten Gemeinderäten gemacht.

Schauen wir uns die Gemeindestraßen an. Sicherlich hat die Gemeinde Wilhelmsfeld in der Vergangenheit einige Fehler gemacht, wobei Fehler im Nachhinein leicht zu kritisieren sind. Aus Sicht der damaligen Zeit waren die Entscheidungen wahrscheinlich unumgänglich und nachvollziehbar. Dennoch, in Wilhelmsfeld gibt es 24 Kilometer Straßennetz auf 3.200 Einwohner. Das heißt, es müssen vergleichsweise viele Straßenkanäle, Internet-Leitungen etc. von wenigen Einwohnern finanziert werden. Natürlich ist es auch Luxus in einer aufgelockerten Bebauung mit viel Grün zu leben. Aber auch dieser Luxus muss finanziert werden. Gleichzeitig hat die Gemeinde Wilhelmsfeld in der Vergangenheit darauf verzichtet aktive Gewerbeansiedlung zu forcieren. Gewerbegebiete waren nicht mehrheitsfähig, weil sie die Lebensqualität der Bewohner eingeschränkt hätten. Das bedeutet aber auch, dass wir kaum Gewerbesteuerereinnahmen haben, die eine wichtige Einnahmequelle einer Kommune darstellen, um die Infrastruktur aufrecht zu erhalten. So ist die Finanzsystematik in der Bundesrepublik Deutschland. Das heißt, eine Kommune ist immer bestrebt, möglichst viele Einwohner und möglichst viel Gewerbe anzusiedeln. So bestehen dann auch genügend Einnahmequellen, um die Infrastruktur zu finanzieren. Natürlich wird irgendwann auch ein Punkt erreicht, an dem mehr Einwohner auch höhere Ausgaben generieren. Das bedeutet auch, dass jede Kommune im Wettbewerb mit anderen Kommunen steht, um ihren Bürgern entsprechend gute Infrastruktur bieten zu können. Von vielen Einwohnern profitieren alle: dichter ÖPNV, die Vereine haben mehr Mitglieder, die Feuerwehr ggf. mehr Nachwuchs, Geschäfte werden lukrativer usw. Daher hat die Gemeinde Wilhelmsfeld auch ein hausgemachtes Problem, da sie kaum Gewerbesteuer einnimmt. Ob dies in der Vergangenheit durch eine andere Kommunalpolitik möglich gewesen wäre, bleibt dahingestellt. Die Frage ist natürlich auch, wie attraktiv Wilhelmsfeld aufgrund der Topografie für Gewerbe ist.

Auch wenn die finanzielle Ausstattung einer Kommune kommunalpolitisch über viele Jahre bzw. Jahrzehnte vor Ort gesteuert werden kann, ist die Finanzsystematik in der Bundesrepublik Deutschland eine andere. Müssen vor Ort nicht ausreichend Steuermittel ankommen, dass die Infrastruktur finanziert werden kann? Wenn wir ehrlich zu uns sind, müssen wir aber in Wilhelmsfeld auch etwas vorsichtig sein. Wir leisten uns kein nennenswertes Gewerbe und einen Ort mit viel Grün. Das bedeutet uns fehlen Gewerbesteuer und wir haben hohe Kosten für die Unterhaltung der Infrastruktur. Auf der anderen Seite leben wir natürlich auch schön. Die Kosten pro Einwohner*in ist dann aber halt auch teurer als in einem Ballungsgebiet.

Die Gemeinden gehören zu einem Landkreis, der eine Gebietskörperschaft ist, die ihren Haushalt durch den Kreistag verabschiedet. Die wesentlichen Einnahmen des Kreistags sind neben wenigen eigenen Einnahmen die Kreisumlage. Das heißt, der Kreistag kann relativ frei über Ausgaben bestimmen, zahlen müssen es jedoch die Kommunen. Dies ist sicher eine sehr vereinfachte Darstellung. Die Kommunen jedoch haben direkt keinen Einfluss auf die Ausgabenpolitik des Landkreises, sondern lediglich die frei gewählten Kreisräte. Umso unverständlicher ist es natürlich, dass immer wieder kritisiert wird, dass vor allem Bürgermeister im Kreistag sitzen. Bürgermeister haben qua Amt den Blick auf ihre Kommune und auf die Kommunen insgesamt. Es liegt auf der Hand, dass dadurch darauf geachtet wird, dass die Kreisumlage nicht zu hoch ist. Es drängt sich die Idee auf, ob nicht der Landkreis in Form eines kommunalen Zweckverbands geführt werden könnte, in dem die

Mitgliedskommunen den Kreistag bilden. Vom Grundsatz wäre es wichtig, dass wir die Kommunen stärken und in die Finanzverteilung einordnen: stärker von unten nach oben, als von oben nach unten. Wie schon der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer bemerkte, in den Kommunen weiß man, was die Bürger beschäftigt.

Im Resümee müssen wir uns ernsthaft Gedanken machen, wie wir die Kommunen stärken. Das soll kein Gejammer sein über mehr Finanzkraft. Es muss natürlich auch gewährleistet sein, dass der Staat an und für sich funktioniert. Dennoch ist das Erleben des Staats inzwischen sehr stark durch die Kommunalpolitik geprägt, die hierfür die nötigen Finanzmittel und Ermächtigungen bekommen muss. Im Alltag kann man immer wieder wahrnehmen, dass die Zuständigkeiten der unterschiedlichen staatlichen Organe in der Bevölkerung gar nicht bekannt sind. Und die Verärgerung ist groß, wenn man als Gemeinderat sagen muss, dass dafür doch der Kreis zuständig ist. Wir können hier nichts machen. Natürlich wirkt das wie ein Wegschieben von

Verantwortung. Ein schönes Beispiel hierzu ist die Schulpolitik des Landes Baden-Württemberg. Der Schulträger ist die jeweilige Kommune, das heißt für das Gebäude, Sekretariat und Hausmeister ist die Kommune zuständig. Was im Übrigen auch sehr viel Geld kostet. Für die Lehrer*innen und die gesamte Bildung (Lehrplan etc.) ist allerdings das Land verantwortlich. So kommt es dann immer wieder zu einer vortrefflichen Verschiebung von Zuständigkeiten, was für viele unerträglich zu sein scheint. Das Land im Übrigen ist für wenig zuständig, dennoch direkt für Polizei und Lehrkörper. Ansonsten ist es dafür zuständig, den Kommunen viele Vorgaben zu machen. Dies ist für den Bürger kaum noch nachvollziehbar. Hier müsste ein wesentlicher Hebel ansetzen. Der sächsische SPD-Bürgermeister Dirk Neubauer schreibt 2021 in seinem Buch „Rettet die Demokratie“ über die Probleme der Demokratie: „Weil in vielen Dörfern und Städten eher der Mangel verwaltet wird, statt Möglichkeiten zu schaffen. Seit Jahrzehnten bestimmen Landespolitik über Förderinstrumente der Kommunen – und stellt damit deren verfassungsrechtliche Selbständigkeit massiv in Frage.“

GEBT DEN KOMMUNEN KEINE BÜROKRATISCHEN ZUSCHUSSPROJEKTE, SONDERN EINE AUSKÖMMLICHE FINANZIERUNG. WIR MÜSSEN UNSERE STRUKTUREN VERÄNDERN.



CORONA UND DIE AUSWIRKUNGEN BEI DEN WILHELMSFELDER SPORTVEREINEN

von Klaus Höhr

In einer großen Sonntagszeitung erschien Ende April ein Bericht unter der Überschrift „Unsere Vereine vereinsamen“. Aufgrund eigener Erfahrungen als Vereinsvorsitzender habe ich eine kleine Umfrage zu diesem Thema bei den vier größten Sportvereinen im Ort gemacht. Neben der TSG Wilhelmsfeld war dies noch der SC, der ASC und der RRSV.

Anfang 2020 wurden die Sportangebote ausgearbeitet. Beim SC und der TSG ging es darum in welchen Altersklassen Handball bzw. Fußball angeboten werden kann und welche Trainer*innen/Betreuer*innen zur Verfügung stehen bzw. benötigt werden. Bei den anderen beiden Vereinen standen die Vorbereitungen auf die Meisterschaften (Bezirks- und Landesmeisterschaften bzw. Meisterschaftsläufe beim Kart) im Vordergrund. Da wurde bereits geplant und organisiert. Doch dann kam der erste Lockdown. Von heute auf morgen wurde der komplette Trainings- und Spielbetrieb eingestellt. Sowohl im Freien als auch in den Hallen konnten keine Übungseinheiten mehr durchgeführt werden. Die Meisterschaftsrunden im Mannschaftssport wurden zunächst unterbrochen und dann kurze Zeit später abgebrochen. Es gab keine Aufsteiger und auch keine Absteiger aus den einzelnen Spielklassen. Besonders ärgerlich für die Landesliga Fußballerinnen der TSG, die Chancen auf die Meisterschaft und den damit verbundenen Aufstieg in die Verbandsliga hatten. Somit waren für die Vereine auch keinerlei Einnahmen mehr aus den Meisterschaftsspielen oder Veranstaltungen zu verzeichnen.

Teilweise sind auch Sponsoren von ihrem Engagement zurückgetreten. Wenigstens haben Übungsleiter bei den Vereinen, die Vergütungen zahlen, auf die Zahlungen verzichtet. Unterschiedlich war die Mitgliederentwicklung bei diesen Vereinen. Während bei der TSG ca. 10 % der Mitglieder aus dem Verein ausgetreten sind, da keine sportlichen Aktivitäten mehr angeboten wurden, war die Mitgliederzahl bei den anderen Vereinen unverändert. Einnahmen aus Veranstaltungen sind ein wesentlicher Punkt bei der Finanzierung im Haushalt der Vereine. Da diese nicht oder nur ohne Zuschauer durchgeführt werden konnten, sind hier bei den einzelnen Vereinen Einnahmeverluste in 2020 und 2021 pro Jahr im Mittleren 4-stelligen Bereich entstanden

Finanzielle Unterstützung haben die Vereine weder durch den Bund noch das Land erhalten. Einzig die Gemeinde Wilhelmsfeld hat den Vereinen, die die Odenwald- bzw. Hilsbachhalle nutzen, die Gebühren nicht für die Zeit berechnet in der die Hallen geschlossen waren.

Ein ganz großes Thema war und sind immer noch die Verordnungen des Landes Baden-Württemberg. Für die Zeit in der zumindest eingeschränkt Sport angeboten werden konnte, musste von den Vereinen für jedes Sportangebot ein Hygienekonzept erstellt werden. Darin sind alle Punkte zu beachten, die die Landesverordnung vorsieht. Danach wird dieses Konzept an die Gemeinde zur Genehmigung bzw. Ergänzung weitergeleitet. Allerdings wurde im Herbst 2020 die Ausübung aller Sportarten untersagt. Im Frühjahr 2021 waren die ganzen Hygienekonzepte immer wieder zu überarbeiten und zu ergänzen wenn sich bei den Anpassungen der Verordnungen Änderungen ergaben. Und bei den Verordnungen werden Sportarten, die ausschließlich im Freien und das auch noch kontaktlos ausgeübt werden, nicht gesondert behandelt.

Auch für die vielen Ehrenamtlichen war es nicht leicht diese Zeit zu überbrücken. In den Vorstandsgremien konnten Abstimmungen nur noch per Telefonkonferenz, Zoom, Mail oder Messenger Diensten gemacht werden. Und bei den Trainern*innen/Betreuer*innen fielen von heute auf morgen alle Übungseinheiten und Wettkämpfe aus. Hier konnten nahezu alle bei der „Stange“ gehalten werden, damit, wenn es wieder losgeht, sofort das Programm wieder angeboten werden kann. Und bei der TSG konnten sogar neue Angebote hinzugewonnen werden.

Und dann sind da natürlich auch die ganzen sportbegeisterten Kinder, Jugendliche, Männer und Frauen. Auch hier keine Möglichkeit mehr Fußball oder Handball zu spielen, die Fitnesskurse zu besuchen, beim Kart Fahren Geschicklichkeit zu beweisen, auf der Rollschuhbahn die Leistungen weiter zu verbessern oder auch Tischtennis und Tennis zu spielen. Für dieses Jahr haben die Vereine entweder Veranstaltungen (Kerwelauf oder Oktoberfest) bereits abgesagt oder planen erst keine Veranstaltungen. Somit fallen weitere Einnahmequellen weg, die Fixkosten der Vereine bleiben aber gleich hoch.

GEMÜSEANBAU IM BEBAUUNGSPLAN VERBOTEN – DIE BEBAUUNGSPLÄNE SOLLEN ÜBERARBEITET WERDEN

von Brit Boyde, Werner Hertel, Klaus Höhr, Stefan Lenz

Es gibt in Wilhelmsfeld Bebauungspläne, die aus den frühen sechziger Jahren stammen. Sie spiegeln auch den Zeitgeist dieser Jahre wieder. Damals gab es einfach andere bauliche Vorstellungen. Im Laufe der Jahre hat sich gezeigt, dass die Anzahl der Befreiungen, die der Gemeinderat für Bauvorhaben erteilt hat, enorm angewachsen ist. Kaum ein Haus wird noch streng im Rahmen des Bebauungsplans gebaut. Ständig muss der zuständige Ausschuss Befreiungen von den Festsetzungen beschließen. Das ist nicht sehr sinnvoll. Der Bebauungsplan soll im eigentlichen Sinn nachbarschaftsschützend wirken, sodass es eine möglichst klare und transparente Regelung gibt, was bzw. wie in dem jeweiligen Gebiet gebaut werden darf. Hinzu kommen die unterschiedlichen Vorstellungen bezüglich der Ästhetik (Dachform, Gebäudefarbe etc.). Zumindest hat jeder das Interesse, dass sein Grundstück nicht komplett zugebaut wird. Gerade in Wilhelmsfeld ist es wichtig, welchen Blick man hat, damit eine bestimmte Form der Besonnung stattfinden kann.

Aus diesem Grund will der Gemeinderat nach und nach alle Bebauungspläne aktualisieren, sodass sich jeder darauf verlassen und die Anzahl der Befreiungen auf ein Minimum reduziert werden kann. Hierzu ist es zunächst notwendig, gewisse Leitlinien zu erarbeiten, die für eine Bebauung in Wilhelmsfeld gelten. Dennoch wird es an den unterschiedlichen Orten, verschiedene Festsetzungen im Bebauungsplan geben müssen. Denn es werden ja keine neuen Wohngebiete geschaffen, sondern es werden alte neu geregelt.

Noch beschäftigt der Gemeinderat sich hier mit grundsätzlichen Fragestellungen. Um einen kleinen Einblick zu bekommen, um was es bei einer Neufassung der Bebauungspläne gehen könnte, seien im Folgenden einige Punkte benannt.

So geht es beispielsweise um die Frage der Energienutzung, sprich auf welche Art und Weise geheizt wird. Es gibt Bebauungspläne, in denen etwa nur Elektroheizungen zugelassen sind. In anderen wird das wiederum gar nicht geregelt. In den letzten Jahren wurde der Klimaschutz zu einem wichtigen Thema, das es so in den sechziger Jahren noch nicht gab. Aus diesem Grund werden die zugelassenen Dachformen und -ausrichtungen sich daran orientieren müssen, ob dadurch die Nutzung von Photovoltaik möglich wird. Übrigens wird Photovoltaik in der neuen Landesbauordnung verpflichtend aufgenommen. So hat es die Landesregierung im Regierungsprogramm festgeschrieben. Die Frage der zulässigen Größe eines Gebäudes, also die Grund- und Geschossflächenzahl, wird ebenfalls anzupassen sein, wie auch die Anzahl der im Wohngebiet zulässigen Wohneinheiten. Es besteht ein Interesse daran, dass auch kleinere Wohneinheiten auf den Grundstücken möglich sind, weil sich die Lebensverhältnisse der Menschen verändert haben. Ein weiterer wichtiger Punkt wird die Festlegung eines einheitlichen Gebietsbegriffs sein. Teilweise gibt es Wohnge-

biete, in denen nicht einmal ein Büro zugelassen ist. Im gleichen Haus wohnen und arbeiten war Anfang der 60er Jahre kein großes Thema. Gerade der obere Ortsteil wurde von Städtern für Wochenendwohnungen genutzt. Darum gab es dort zum Beispiel auch Einschränkungen, wie das Verbot des Gemüseanbaus und dass keine Tierhaltung möglich war. Seit 2020 gewinnen die Vermeidung von Mobilität und die räumliche Zusammenlegung von Wohnen und Arbeiten zunehmend an Bedeutung. Wir werden nicht alle Mobilitätsprobleme durch einen Ausbau des ÖV oder Radverkehrs lösen können. Sondern, wir werden versuchen müssen, Verkehr an sich zu vermeiden. Alles das sind Punkte, die bei einem neuen Bebauungsplan berücksichtigt werden sollten.

Im ersten Schritt will der Gemeinderat sich mit Eckpunkten einer Neuordnung beschäftigen. Danach werden die Bebauungspläne überarbeitet. Die Bürger*innen werden dabei rechtzeitig nach dem Bundesbaugesetzbuch beteiligt.

Zum weiteren Vorgehen: Es ist Aufgabe des gewählten Gemeinderats, zunächst eine Vorlage zu erarbeiten und dann in den jeweiligen Plangebietern eine Neufassung des Bebauungsplans zu verabschieden. Verabschieden bedeutet in diesem Fall, dass es zunächst einen Planentwurf geben wird, der dann mit den Bürgern und den dortigen Anwohnern zu diskutieren ist. Hier ist es notwendig, dass sich möglichst viele mit dem Plan beschäftigen und ihre Ideen und Anregungen einbringen. Das ist von der Vorgehensweise wichtig.

Ziel der Planung kann natürlich nicht sein, den Charakter eines ganzen Wohngebiets zu verändern. Es geht vielmehr darum, nur die Regelungen zu modernisieren. Der Ort lebt sehr stark vom Leben im Grünen und in der Ruhe. Das soll nicht grundsätzlich verändert werden.

DIE DAUERBAUSTELLE SCHULBETREUUNG

von Brit Boyde und Marion Bauder

Die Kernzeitbetreuung in Wilhelmsfeld gibt es bereits seit über 30 Jahren. Sie wurde als Elterninitiative geführt um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leichter zu ermöglichen. Krippe und Kindergarten sind durch den Rechtsanspruch schon immer im öffentlichen Auftrag unterwegs. Sie werden zu diesem Zweck von Land und Kommunen bei den Beiträgen hoch subventioniert. Aber auch der Bedarf an der Schulbetreuung ist stark gewachsen, was die Anzahl der zu betreuenden Kinder verdeutlicht. Der Gemeinderat hat daher der Kernzeitbetreuung die Räumlichkeiten in der Hilsbach-Halle zur Verfügung gestellt, da die Räume in der Grundschule nicht ausgereicht haben. Parallel dazu ist auch der Waldhort entstanden. Corona hat jedoch gezeigt, dass die Anzahl der betreuten Kinder dort stark rückläufig geworden ist. Für beide Betreuungseinrichtungen ist es auch eine wirtschaftliche Frage, wie die Zukunft in diesem Bereich gestaltet werden kann.

Ab dem Jahr 2027 (so hat der Bundesgesetzgeber in diesem Jahr entschieden) soll es einen Rechtsanspruch auf Schulkindbetreuung von mindestens acht Stunden am Tag (die Schulzeit inbegriffen) geben. Die Ferien müssen mit abgedeckt werden, da lediglich an 33 Tagen keine Betreuung angeboten werden darf. Dies wird zum nächsten Schuljahr nochmal eine Veränderung bedeuten. Die Kernzeitbetreuung wird ebenfalls in den Ferien öffnen und der Waldhort wird in der Kernzeitbetreuung aufgehen. Das heißt beide Einrichtungen werden zusammengelegt. Damit ist die Erfüllung des Rechtsanspruchs in Wilhelmsfeld im Prinzip schon gegeben. Wie allerdings die Finanzierung gewährleistet wird, muss sich in der Folge entscheiden. Bund und Länder müssen für diese neue kommunale Aufgabe finanzielle Mittel bekommen. Eltern deren Kinder ab 2027 in die Grundschule kommen, können dann mit einer staatlich mitfinanzierten Schulbetreuung rechnen.

JUGENDBETEILIGUNG IN WILHELMSFELD UND EIN BUNDESMODELLPROJEKT

von Stefan Lenz

Der Landesgesetzgeber hat die Beteiligung von Jugendlichen in die Gemeindeordnung Baden-Württembergs aufgenommen. Der § 41a spricht davon, dass Jugendliche an allen sie betreffenden Punkten zu beteiligen sind. Bei Kindern ist diese Muss-Regel eine Kann-Regel. Dies betrifft die baden-württembergischen Kommunen, sodass keine konkreten Konzepte hinterlegt sind. Denn sinnvollerweise muss hier jede Kommune ihre eigene Regelung finden, ganz im Sinn einer kommunalen Selbstbestimmung.

Seminare sprießen wie Pilze aus dem Boden. Es handelt sich meistens um Beteiligungs-Workshops und Zukunftswerkstätten bzw. hierzu zählt wohl auch der Jugendgemeinderat. Gleichzeitig wird der Eindruck erweckt, dass auf einmal die Jugend gefragt wird, was sie will und was sie sich wünscht, um dann festzustellen, dass Jugendliche mitunter davon überfordert sind, was allerdings nicht weiter verwunderlich ist. Fragt man Erwachsene, was sie in einer Kommune wollen, dann sind es banale Themen, wie: fehlende Parkplätze und dass vor der Haustür zu schnell gefahren wird. Vielleicht geht es auch um private Infrastruktur, zum Beispiel, dass ein Supermarkt oder etwas Ähnliche fehlt. Zudem werden Wünsche geäußert, die so schnell und so leicht mit dem zur Verfügung stehenden Geld kaum umsetzbar sind. Es wirkt ein bisschen wie die große Bescherung, wie der Wunschzettel zu Weihnachten und die Eltern entscheiden dann, was sie davon umsetzen können. Das ist keine Form der Jugendbeteiligung. Sie erzieht eher den Bürger dazu, dass die Kommune für die Bedürfnisbefriedigung ihrer Bürger zuständig ist. Weniger dafür, sich entsprechend zu engagieren oder gar die Finanzmittel im Blick zu haben. Aus diesem Grund tragen wir Verantwortung, wie wir den § 41a tatsächlich füllen. Es kann eigentlich nur darum gehen im Wortlaut des § 41a zu verbleiben. Hier ist die Gemeindeordnung ein gutes Vorbild. Demokratie funktioniert indem es gewählte Bürgervertreter gibt, die Vorhaben und Projekte der Gemeindeverwaltung (des Bürgermeisters) bewerten, ihre Stellungnahme dazu abgeben und weil sie demokratisch legitimiert sind, dar-

über befinden. Sie haben aber auch ein eigenes Antragsrecht. Mit einem gewissen Forum kann der Gemeinderat Themen auf die Tagesordnung bringen. Dieses System hat sich bewährt. Das heißt, es muss überlegt werden, wie die Strukturen in einer Kommune aufgebaut werden, sodass Jugendliche in allen sie betreffenden Belangen real beteiligt werden. Das heißt vor jeder Gemeinderatssitzung in kleineren Orten müssten entsprechende Vorbesprechungen des Jugendbeirats oder Jugendgemeinderats stattfinden. In der Gemeinderatssitzung darf dann der Jugendbeirat seine Meinung vortragen. Das wäre eine Form der Jugendbeteiligung. Wie auch immer dieses Gremium gewählt wird. Dies könnte über den Jugendgemeinderat oder über eine projektartig zusammengewinkelte Gruppe, die sich zu bestimmten Themen zusammensetzt, geschehen.

Der Jugendforscher Klaus Farin berichtet schon seit Jahren davon, dass Jugendliche eine andere Engagement-Kultur haben. Sie wollen sich nicht jahrelang an etwas binden, was die klassische Vereinsarbeit zunehmend erschwert. Sie wollen lieber projektartig eingebunden werden. Genauso müsste es auch passieren. Im Idealfall gelingt es uns, für bestimmte Themen Gruppen zu etablieren. Das bedeutet natürlich, dass sich jemand darum kümmern muss, der mit Jugendlichen arbeitet bzw. zwischen Jugendlichen und Verwaltung moderiert. Das ist sicher anstrengender, als alle Vierteljahre Jugendliche einzuladen und zu fragen, was sie wollen, um dann erklären zu müssen, dass das Ganze so nicht funktioniert. Aus diesem Grund müssen wir die Jugendbeteiligungskultur umstellen. Es ist extrem wichtig, dass wir mehr Jugendliche frühzeitig in die politische Kultur einbinden. Sie müssen als Bürger ernstgenommen werden, damit sie auch künftig motiviert werden, in der Kommune als Bürger mitzuwirken.



JUGENDLICHE AUS WILHELMSFELD HABEN SICH ÜBER MOBILITÄT GEDANKEN GEMACHT. VERKEHRS- EXPERTEN HABEN DIE VORSCHLÄGE BEGRÜSST. LEIDER INTERESSIEREN SICH DIE AUFGABENTRÄGER DES ÖPNV NICHT DAFÜR.

Jugendliche aus Wilhelmsfeld haben gemeinsam mit dem Postillion e. V. mit Mitteln des Bundesministeriums für ländlichen Raum und Ernährung ein Mobilitätskonzept für Wilhelmsfeld erarbeitet. Das Konzept nimmt den Blickwinkel von Jugendlichen, für die vor allem Fußverkehr und öffentlicher Verkehr die wesentlichen Mobilitätsmöglichkeiten darstellen, ein. Pandemiebedingt ist vieles online entstanden. Es wurden den Politikern die Konzepte vorgestellt. Die ersten Umsetzungserfolge sind wahrscheinlich die verschließbaren Fahrradabstellkästen, in denen man ein E-Bike an Bushaltestellen und an der Odenwaldhalle sicher abstellen kann. Dadurch werden die mitunter langen Wege zu den Bushaltestellen in einer für Fußgänger anstrengenden Topografie etwas erleichtert. Nicht nur Jugendliche auch Erwachsene können davon profitieren, wenn sie den Bus nach Heidelberg oder Schriesheim nutzen möchten.

In dem Projekt hat sich gezeigt, dass Jugendliche sehr wohl Experten für Mobilität sein können. Man muss sie nur fragen. Es hat sich auch gezeigt, dass die Jugendbeteiligung in der Gemeindeordnung sich leider nur auf die Gemeindeebene bezieht, nicht auf die Kreisebene und den gesamten ÖV. Aber gerade das ist für Jugendliche ein sehr wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Es hat sich jedoch gezeigt, dass keine Kultur des Dialogs zwischen Bürgern und Verkehrsverantwortlichen vorgesehen ist bzw. es diese nicht gibt. Sieht man mal von abstrakten Gebilden wie einem Mobilitätsplan für den ganzen Rhein-Neckar-Kreis ab. Eine Beteiligung in dieser Form ist für Jugendliche nicht sehr zielführend.

Mitte August 2021 gibt es im Buchhandel ein Buch im Verlag Hirnkost Berlin dazu. Es geht auch darum wie wir Jugendliche erleben lassen, wie sie Demokratie gestalten können – oder auch nicht. Das Buch erscheint unter dem Titel: „Jugendliche Mobilität im ländlichen Raum! Es ist in jedem Buchladen für fünf Euro zu erhalten und wird auch in gut sortierten Büchereien zu finden sein. Am 31. August überreichen sie es in Mosbach der Vorsitzenden der Kinderkommission des Deutschen Bundestags, Charlotte Schneidewind-Hartnagel MdB.

STADTMOBIL AUF DEM LAND? – EIN MODELLPROJEKT

von Stefan Lenz

Carsharing gehört zur neuen Mobilität dazu. Es wendet sich vor allem an Bürgerinnen und Bürger, die auf das Auto verzichten möchten und sich mit dem öffentlichen Verkehr oder dem Fahrrad fortbewegen wollen. Nicht immer kann man jedoch auf das Auto verzichten. Daher ist vor vielen Jahren in Deutschland vor allem in den Städten die Idee des Carsharing entstanden. Im ländlichen Raum ist Carsharing bislang kaum vertreten, da die Leute wegen eines schlechteren öffentlichen Verkehrs auf das Auto angewiesen sind. In Wilhelmsfeld wird man sicherlich auf das Auto nicht gänzlich verzichten können, vielleicht aber auf den Zweitwagen. Ein Auto das nur herumsteht verbraucht viele Ressourcen und kostet unabhängig davon auch zusätzlich Geld.

Ein Teil des Mobilitätskonzepts des in Wilhelmsfeld ansässigen Kinder- und Jugendhilfeträgers Postillion e. V. war, Carsharing stärker zu unterstützen. Aus diesem Grund ist in Verbindung mit dem Bundesmodellprojekt „Jugendliche Mobilität“ im September 2019 eine Carsharing Station am Pottaschenloch 1 entstanden. Hier können registrierte Nutzer über Stadtmobil e. V. in Wilhelmsfeld Carsharing ausprobieren. Wirtschaftlich darstellbar ist das im ländlichen Raum derzeit noch nicht. In einem Zeitraum von fünf Jahren wollen Stadtmobil Rhein-Neckar und der Postillion e. V. herausfinden, inwieweit auch im ländlichen Raum Carsharing in Verbindung mit einem guten öffentlichen Verkehr genutzt werden kann. Die Voraussetzungen in Wilhelmsfeld sind hierfür ganz gut, zumal auch der Postillion e. V. das Angebot nutzt.

Die fehlenden Abstellmöglichkeiten für Fahrzeuge werden in Wilhelmsfeld zunehmend zum Problem. Die Fahrzeugdichte wächst enorm. Gleichzeitig findet auch eine Innenraumverdichtung statt. Nicht jedes Haus hat ausreichend Stellplätze, sodass Carsharing einen Teil der Mobilität der Zukunft darstellen könnte. Ein Nachteil ist sicherlich, dass der Ort sehr weiträumig ist, weshalb die Laufzeiten zu dem ziemlich mittig gelegenen Abstellplatz von Stadtmobil relativ lang sein können. Es ist allerdings geplant, eine abschließbare Fahrradbox für Elektrofahrzeuge an der Stadtmobil-Station aufzubauen, sodass man mit seinem E-Bike das Stadtmobil-Fahrzeug bequem erreichen kann.

Weitere Informationen finden Sie unter www.stadtmobil.de.



ZWEI STADTMOBIL-AUTOS STEHEN ZUR VERFÜGUNG. EINE ECHTE ALTERNATIVE ZUM ZWEITAUTO – VIELLEICHT AUCH ZUM ERSTAUTO. WILHELMSFELD IST DIE ERSTE KOMMUNE IN DER GRÖSSENORDNUNG, DIE ÜBER CARSHARING VERFÜGT. JETZT LIEGT ES AN DEN BÜRGER*INNEN ES ZU NUTZEN.

DIE ENTWICKLUNG DER LEBENSMITTELVERSORGUNG IN WILHELMSFELD IST EIN SPIEGEL DER ZEIT

von Stefan Lenz, Dina Lindner

Wilhelmsfeld hatte noch weit bis in die Nachkriegszeit hinein an vielen Stellen einen Lebensmittelladen. Der „SPAR“ in der Richard-Wagner-Straße wurde bis Anfang der 2000er Jahre betrieben und ist vielen heute noch ein Begriff. Einige erinnern sich noch an den Lebensmittelladen A&O Wallenwein ebenfalls in der Richard-Wagner-Straße, den „Fenk“, der in dem Gebäude ansässig war, in dem heute die Post ist. Überhaupt gab es in der Johann-Wilhelm-Straße einige Läden: Jörder, wo heute der Blumenladen ist. Der kleine Gemüseladen in der Johann-Wilhelm-Straße ist heute noch in Betrieb. Schon lange geschlossen ist der Laden zwischen Wilhelmshöhe und Kirchstraße. Aber auch in der Alten Römerstraße gab es einen kleinen Lebensmittelladen.

Die Versorgung war durch viele kleine Läden dezentral organisiert, was zu kurzen Wegen führte. Übrig geblieben ist neben dem kleinen Gemüseladen noch der Wilka-Laden in der Johann-Wilhelm-Straße. Ältere erinnern sich sicherlich noch daran, dass dieser früher in den Räumlichkeiten der jetzigen Volksbank zu finden war.

Die einstige Vielfalt kann man sich heute kaum noch vorstellen. Schon der damalige Ladenbesitzer Schmitt, der in den 80er Jahren den Edeka-Laden baute, plante bereits einen größeren Laden gegenüber vom Streusalzsilos, am Ortsausgang zwischen der Heidelberger- und der Schriesheimer Straße. Daraus wurde jedoch nichts.

So blieb es in Wilhelmsfeld lange Jahre bei der jetzigen Versorgung. Es glich einem kleinen Erdbeben, als durchsickerte, dass der damalige Besitzer von „Wilka Nah und Gut“ aufgeben wollte. Wilka steht für Wilhelmsfelder Kaufhaus. Die Suche nach einem Nachfolger hat den Ort auf Trab gehalten. Diese Suche war lange alles andere als erfolgreich. Natürlich ist dies zunächst eine private Angelegenheit und nicht Sache der Gemeinde, die sich al-

lerdings hinter den Kulissen eingemischt hat. Mit viel Glück hat sich die jetzige Pächterin bereit erklärt, den Laden zu übernehmen und ohne große Investitionen wieder zu öffnen. Damit war auch der Fortbestand der Metzgerei gesichert. Der Laden wird jetzt von Rewe versorgt, da Edeka solche kleinen Läden nicht mehr beliefert. In dem Laden besteht natürlich ein Investitionsstau, der im Lauf der Jahre abgetragen werden müsste. Die Größe der Ladenfläche ist allerdings nicht mehr zeitgemäß, um den nötigen Umsatz zu machen bzw. um langfristig gute Lieferverträge von einem Lieferanten wie Edeka oder Rewe zu erhalten. Jedenfalls wurde die Bevölkerung im Zuge dieser Veränderungen aufgeweckt. Viele die vorher auswärts einkauften, entdeckten wieder den örtlichen Laden. Es bleibt abzuwarten, wie lange dieser Trend anhält.

Die Gemeinderäte haben sich gemeinsam mit der Verwaltung mit dieser Frage beschäftigt. Es war klar, dass wir uns auf alles vorbereiten müssen. Es wurden Gespräche mit verschiedenen Lebensmittelhändlern geführt, um auszuloten, wie eine zukunftsfähige Versorgung im Ort stattfinden kann. Es ging auch darum dem jetzigen Laden die Möglichkeit zu geben, eine zukunftsfähige Fläche zu finden. Durch den Tunnel und die Zunahme des Verkehrs Richtung Peterstal ist der Kundenstamm für einen Lebensmittelladen gewachsen, das heißt Wilhelmsfeld ist als Standort attraktiver geworden. Ein wichtiger Standort kann nur im Kreuzungsbereich Schriesheimer Hof sein, da ansonsten der Verkehr in den Ort hineingezogen werden würde. Das kann die derzeit schon belastete Johann-Wilhelm-Straße nicht aufnehmen. Das Gebiet am Schriesheimer Hof eignet sich daher hervorragend, da es verkehrsgünstig liegt. Durch ein entsprechend gutes Baukonzept würde das Ortsbild nicht geschädigt und gleichzeitig eine Nahversorgung im Ort ermöglicht werden.

Viele Menschen und auch ein Großteil der Gemeinderäte wollen, dass man zum Lebensmitteleinkauf den Ort nicht extra verlassen muss. Auch wenn vielfach das Argument kommt, dass die Leute mit dem Auto ohnehin aus Wilhelmsfeld herausfahren würden, wobei sie irgendwo quasi im Vorbeifahren noch einkaufen könnten. Daher würde in Wilhelmsfeld ein kleiner Laden ausreichend sein, da es nur darum gehe, Sachen kaufen zu können, wenn man mal etwas vergessen habe. Das ist sicherlich eine andere Konzeption. Das kann man politisch auch vertreten. Es dürfte jedoch für die Zukunft des Ortes nicht attraktiv sein, denn nicht jeder pendelt mit dem Auto täglich aus dem Ort heraus. Hierfür gibt es vielfache Gründe. Es wird sich auch das Mobilitätsverhalten ändern. Das Auto wird in der Zukunft nicht mehr die herausragende Bedeutung in der Mobilität haben.

Das alte Konzept (an vielen Stellen kleinere Einkaufsläden) wäre fast schon zukunftsfähig, aber natürlich wirtschaftlich nicht zu betreiben. Dezentrale Konzepte im Ort würden den Verkehr weiter minimieren. Aber das lässt sich in absehbarer Zeit vermutlich nicht umsetzen.

Und zum Schluss auch ganz wichtig: Es gibt noch viele andere Geschäfte in Wilhelmsfeld, Bäcker, Post, Elektro, Banken, Apotheke aber auch Ärzte, um nur einige zu nennen. Diese Geschäfte werden nur ansässig bleiben, solange sie frequentiert werden und so profitiert jedes Geschäft von den weiteren hier ansässigen Geschäften gegenseitig. Entweder führt eine schlechte Infrastruktur dazu, dass weniger mobile Menschen Wilhelmsfeld dauerhaft verlassen um zentraler an den wichtigen Geschäften wohnen zu können oder die Menschen, die aus dem Ort fahren um ihren Einkauf zu erledigen, machen dort dann auch gleich die anderen Erledigungen, was dazu führt, dass die anderen Gewerbe in Wilhelmsfeld weniger frequentiert werden.

WILHELMSFELDER E-BIKE LADESTATION

von Klaus Höhr

Bereits im Herbst 2019 entstand die Idee am Sportgelände der TSG Wilhelmsfeld, Am Hirschwald, Fahrradabstellplätze zu erstellen. Immer mehr Kinder, Jugendliche und Erwachsene fahren entweder zum Training- oder Spielbetrieb mit dem Fahrrad. Dazu kommen noch die Radfahrer*innen, die entweder das Restaurant besuchen oder einen Zwischenstopp bei einer Radtour einlegen wollen. Immerhin führt in unmittelbarer Nähe der Europäische Fernwanderweg E 1 vorbei. Dieser führt fast 7.000 km vom Nordkap in Norwegen über Wilhelmsfeld bis zur Sizilianischen Hafenstadt Salerno am Golf von Salerno. Bisher wurden die Räder einfach irgendwo abgestellt oder hingelegt.

Bei einem Sponsorengespräch bei dem es eigentlich um die Anschaffung eines Defibrillators ging, kam dann die Idee auf, die geplanten Abstellplätze mit einer E-Bike Ladestation auszustatten. Nachdem eine grundsätzliche Unterstützung unserer Maßnahmen zugesichert werden konnte, ging es an die Planung. Wichtig war zum einen die Lage des Abstellplatzes aber auch die Größe und Anzahl der Ladestationen. Im Rahmen der Planung konnten weitere Sponsoren hinzugewonnen werden. Nachdem unsere eingereichten Spendenanträge genehmigt wurden, konnte im Mai 2020 begonnen werden. Als schwierig gestaltete sich der Erdaushub, da das vorgesehene Gelände auf Grund des felsigen Untergrundes nicht mit Maschinen bearbeitet werden konnte. Nachdem die Bodenplatte betoniert war, wurde der Fahrradabstellplatz in Eigenleistung aufgebaut. Danach waren unsere Elektriker an der Reihe. Leerrohre mussten verlegt und Anschlüsse für die Stromversorgung installiert werden. Als letztes wurden vier Ladestationen angebracht. Nun können bei Tag bis zu vier

E-Bikes gleichzeitig aufgeladen und bis zu acht Räder abgestellt werden. Die Kosten werden von der TSG übernommen. Es bleibt anzumerken, dass das ganze Projekt ohne staatliche Zuschüsse oder staatliche Förderung finanziert wurde. Neben Sponsoren und Eigenleistung hat die TSG mit Eigenmitteln das Vorhaben umgesetzt.

Und auch der lang ersehnte Defibrillator wurde angeschafft. Dieser befindet sich im Untergeschoss des vereinseigenen Clubhauses. Wie wichtig ein solcher Defibrillator auf einem Sportgelände ist, hat der Vorfall bei der Fußball Europameisterschaft beim Gruppenspiel der Dänischen Nationalmannschaft gezeigt. Dort konnte mit Hilfe des Einsatzes eines Defibrillators ein Menschenleben gerettet werden.

ZUM SPORT ODER IN DAS RESTAURANT OLYMPIA MIT DEM E-BIKE ODER FAHRRAD. DIE NEUE LADESTATION AUF DEM TSG-GELÄNDE MACHT ES MÖGLICH



10 JAHRE STÄDTEPARTNERSCHAFT MIT CALAMBA – 160. GEBURTSTAG DR. JOSÉ-RIZAL

von Klaus Höhr

Die Städtepartnerschaft zwischen City of Calamba und Wilhelmsfeld besteht seit 10 Jahren. Am 07.10.2011 fand die Festveranstaltung zur Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages in Wilhelmsfeld statt. Neben der Botschafterin der Republik Philippinen war auch der damalige Bürgermeister der Stadt Calamba, Joaquin M. Chipeco Jr. angereist. Aber warum ausgerechnet Calamba. Eine Stadt mit ca. 450.000 Einwohnern*innen? Noch dazu 10.361 km von Wilhelmsfeld entfernt?

Nun, zwischen beiden Kommunen gab es eine wichtige Verbindung. Nämlich Dr. José-Rizal, der philippinische Nationalheld. Er setzte sich für Freiheit, Einigkeit und Brüderlichkeit ein und kämpfte ohne Gewalt für Verbesserungen in seinem philippinischen Heimatland. Geboren wurde er am 19.06.1861 in Calamba. Während eines längeren Aufenthaltes in einer Pariser Institution kam er im Frühjahr 1886 nach Heidelberg, um an der hiesigen Augenklinik zu praktizieren. Während eines Spazierganges auf dem Philosophenweg, lernte er den damaligen

evangelischen Pfarrer Karl Ullmer aus Wilhelmsfeld kennen. Pfarrer Ullmer lud Rizal ein, bei seiner Familie in Wilhelmsfeld für drei Monate zu wohnen. Rizal nahm dieses Angebot gerne an, denn dort war der Aufenthalt billige und ihm bot sich die Gelegenheit Deutsch zu sprechen. Weiterhin ermöglichte es ihm das einfache, ruhige Landleben kennenzulernen im Gegensatz zum umtriebigen Studentenleben in Heidelberg. So zog er im April 1886 nach Wilhelmsfeld und machte große Fortschritte, Deutsch zu sprechen und zu schreiben. Das bedeutete aber auch einen fast täglichen Fußmarsch durch die Wälder und Berge des Odenwaldes nach Heidelberg, um dort sein Studium an der Augenklinik fortzusetzen. Neben seinem Studium fand er dennoch die Zeit seinen berühmten, stark autobiographisch geprägten Roman „Noli Me Tangere“ zu vollenden. Nach seiner Rückkehr auf die Philippinen erregte sein Roman, trotz Verbotes, großes Aufsehen. Dies wurde ihm zum Verhängnis. Beim Ausbruch der Philippinischen Revolution wurde ihm vorgeworfen Anstifter der Bewegung ge-

wesen zu sein, obwohl er die Teilnahme daran zuvor ausdrücklich verweigert hatte. Am 30.12.1896 wurde er in Manila öffentlich hingerichtet. In Wilhelmsfeld finden jährlich zwei Gedenktage statt. Einmal anlässlich seines Geburtstages und zum anderen seines Todestages. Aber auch eine Straße trägt seinen Namen und am Evangelischen Pfarrhaus ist eine Tafel angebracht, die an seinen Aufenthalt in Wilhelmsfeld erinnern soll. Und dann natürlich der José-Rizal Park neben der Odenwaldhalle oberhalb der Grundschule, der zuletzt 2016 umgestaltet wurde.

Bilder von der Gedenkfeier 2021 können unter www.youtube.com eingesehen werden.



10 JAHRE STÄDTEPARTNERSCHAFT CALAMBA CITY UND WILHELMSFELD. HIER DER BRUNNEN AUS DEM PFARRHAUS WILHELMSFELD, DER NUN IN DEN PHILIPPINEN STEHT.

EHRENMITGLIEDSCHAFT BEI DER TSG FÜR GEMEINDERAT WERNER HERTEL

von Klaus Höhr, Dina Lindner

Die Freien Wähler Wilhelmsfeld freuen sich für Ihr Gemeinderatsmitglied Werner Hertel, der anlässlich seines 70. Geburtstages im Juni zum Ehrenmitglied der Wilhelmsfelder TSG ernannt wurde. Es ist wichtig, solche engagierten Mitglieder*innen wie Werner in den Vereinsrängen zu haben, denn diese Tatkraft motiviert auch andere und bewirkt etwas. Deshalb sagen wir hier, stellvertretend für alle engagierten Bürger*innen, noch einmal: Herzlichen Glückwunsch Werner, zu deiner Ernennung zum Ehrenmitglied. Danke, dass du dich für Wilhelmsfeld einsetzt.

Hier der Bericht der TSG anlässlich dieses Ereignisses:

Anlässlich seines 70. Geburtstages im Mai dieses Jahres hat die TSG Wilhelmsfeld Herrn Werner Hertel zum Ehrenmitglied ernannt. Diese Auszeichnung erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner langjährigen außergewöhnlichen Verdienste um den Verein.

Werner Hertel trat am 01.07.1964 in den Verein ein. Zunächst spielte er Fußball in allen Jugendmannschaften der TSG. Anschließend über 30 Jahre in der 1. und 2. Mannschaft sowie später bei den Alten Herren. Im Jahr 1988 erhielt er für seine aktive Fußballerlaufbahn vom Badischen Fußballverband die Spielerehrendnadel überreicht. Seit mehr als 15 Jahren spielt er noch Tennis, wenn es seine Zeit zulässt.

Aber Werner Hertel war auch außerhalb des Platzes aktiv. Bei vielen Baumaßnahmen war er dabei. Angefangen bei der Spielfeldverlegung Ende der 60er Jahre und dem Bau der Flutlichtanlage zu Beginn der 70er Jahre. Später beim Neubau des Sportheimes welches im Jahr 1985 eingeweiht wurde. Dann beim größten Projekt, dem Umbau des alten Tennenspielfeldes in einen Kunstrasenplatz. Zudem hat er auch das Material für den Überbau und Vorbau bei der Garage besorgt. Und selbstverständlich war er vorne dabei als es um den Bau selbst ging, als endlich die benötigte Baugenehmigung vorlag.

Aber auch in verschiedenen Positionen innerhalb des Vereines war er engagiert. Unter anderem stand er als Jugendbetreuer zur Verfügung und zahlreiche Veranstaltungen trugen seine Handschrift in seiner Funktion als Vergnügungswart (heute Koordinator für Veranstaltungen). Vor allem stand er fast 17 Jahre lang an der Spitze des Vereins als Vorsitzender. Einmal von 1989–1995 und dann nochmal von 2006–2017.

Heute kennen ihn auch die jüngsten Kinder in unserer Gemeinde, wenn sie den jährlichen Kinderfasching besuchen. Dort sorgt er als DJ seit 1973 für ausgelassene Stimmung. Vom Verein wurde er bereits mit allen Ehrungen (Vereinssehrendnadel in Bronze, Silber und Gold) bedacht und auch der Badische Sportbund hat sein Engagement mit der Ehrendnadel gewürdigt. Weitere ehrenamtliche Tätigkeiten wurden von ihm noch beim ASC Wilhelmsfeld, bei welchem ebenfalls schon eine jahrzehntelange Mitgliedschaft besteht, ausgeführt. Bei den Freien Wählern ist er ebenfalls schon lange aktiv und vertritt diese seit 2004 als Mitglied im Gemeinderat. Dort fungiert er als Vertreter im Technischen Ausschuss.

Ohne ein solches ehrenamtliche Engagement konnten sich Vereine in der Vergangenheit nicht zu dem entwickeln was sie heute sind. Weder erhielt Werner Hertel Geld für seine Einsätze in der Fußballmannschaft noch hat er bei den vielen Stunden auf dem TSG Gelände über „keine Zeit“, „weiß noch nicht“, „mal sehen“ und sonstigen Ausreden gejammert. Immer war er mit Rat und Tat sowie dem Besorgen von dem notwendigen Arbeitsgerät dabei. Wir hoffen, dass es auch in Zukunft Menschen gibt, die die Vereine in ihren vielfältigen Aufgaben unterstützen. Jeder Verein ist hier auf die Mithilfe angewiesen, Sei es in Mitarbeit bei Projekten, beim Betreuen von Kindern und Jugendlichen und natürlich auch innerhalb eines Vorstand-Teams.



WERNER HERTEL ERHIELT VON DER TSG DIE EHRENMITGLIEDSCHAFT. LANGE JAHRE WAR ER VORSITZENDER DER TSG, AKTUELL SITZT ER FÜR DIE FREIEN WÄHLER IM GEMEINDERAT

DER BEBAUUNGSPLAN SCHRIESHEIMER HOF – CDU, BÜRGERGEMEINSCHAFT UND FREIE WÄHLER EMPFEHLEN MIT „NEIN“ ZU STIMMEN

Der erste Schritt für die Erstellung eines Bebauungsplans ist, dass im Gemeinderat ein Aufstellungsbeschluss gefasst wird. Das bedeutet, der Gemeinderat signalisiert, dass er sich für das ausgewiesene Gebiet eine Planung wünscht. Anschließend beauftragt er die Verwaltung mit der Erstellung eines Planentwurfs. Dieser wird dann im Gemeinderat vorgestellt, diskutiert und verabschiedet. Dann geht es an die Beteiligung von Fachbehörden, aber auch von Anwohnern und interessierten Bürgern. Sinnvoll ist immer die Verabschiedung einer Veränderungssperre. Das heißt, die Veräußerung von Grundstücken oder eventuelle Bauanfragen für das betreffende Gebiet können nur mit Zustimmung des Gemeinderats erfolgen, um das Planungsziel nicht zu gefährden.

AUF DER GEMEINSAMEN HOMEPAGE VON BÜRGERGEMEINSCHAFT, FREIEN WÄHLER UND CDU FINDEN SIE STELLUNGNAHMEN, DEN PLANENTWURF UND AUCH STIMMEN AUS DER BEVÖLKERUNG.

Im Fall des Bebauungsplans Schriesheimer Hof ging es leider nur bis zur ersten Stufe. Bevor überhaupt ein Plan erarbeitet werden konnte, der mit der Öffentlichkeit diskutiert wird, kam bereits das Bürgerbegehren mit dem Bürgerentscheid. Seit diesem Zeitpunkt liegt die Planung danieder.

So reibt sich manch einer die Augen, dass er jetzt über einen Plan abstimmen soll, den es noch gar nicht gibt. Die drei Fraktionen, die sich für den Lebensmittelmarkt in Wilhelmsfeld ausgesprochen haben, haben auf eigene

Initiative hin eine Planung betrieben, sodass zumindest die Vorstellungen der drei Fraktionen sichtbar werden können. Natürlich ist das nur ein erster Entwurf, der an vielen Punkten noch überprüft werden muss. Zumindest ist dieser Plan mit Fachleuten aus dem Einzelhandel diskutiert worden.

Im Übrigen wird es keine Enteignung geben. Natürlich kann die Umsetzung eines Bebauungsplanes an der mangelnden Verkaufsbereitschaft der Eigentümer*innen scheitern. Aber das muss gemeinsam im Planungsverfahren geschehen, wenn klar ist, wo der Laden stehen könnte.



Die drei Fraktionen bringen noch ein gemeinsames Flugblatt für alle Haushalte raus (Anfang September), informieren Sie sich bei der in Kürze herausgegebenen Infobroschüre der Gemeinde Wilhelmsfeld oder über die gemeinsame Homepage von BGW, CDU und FW. www.schriesheimer-hof.de

Wenn Sie für die Aufstellung eines Bebauungsplans sind, stimmen Sie mit „Nein“ und lehnen das Bürgerbegehren damit ab.

DIE ENTWICKLUNG WILHELMSFELD – BLICK IN DIE ZUKUNFT- VERSORGUNG DER BÜRGER

von Klaus Rehberger

**1. Ärztliche Versorgung:
Apotheke und Pflegedienst müssen
gewährleistet sein**

**2. Lebensmittelversorgung:
Einkaufsmarkt, Metzger, Bäcker
sind unverzichtbar**

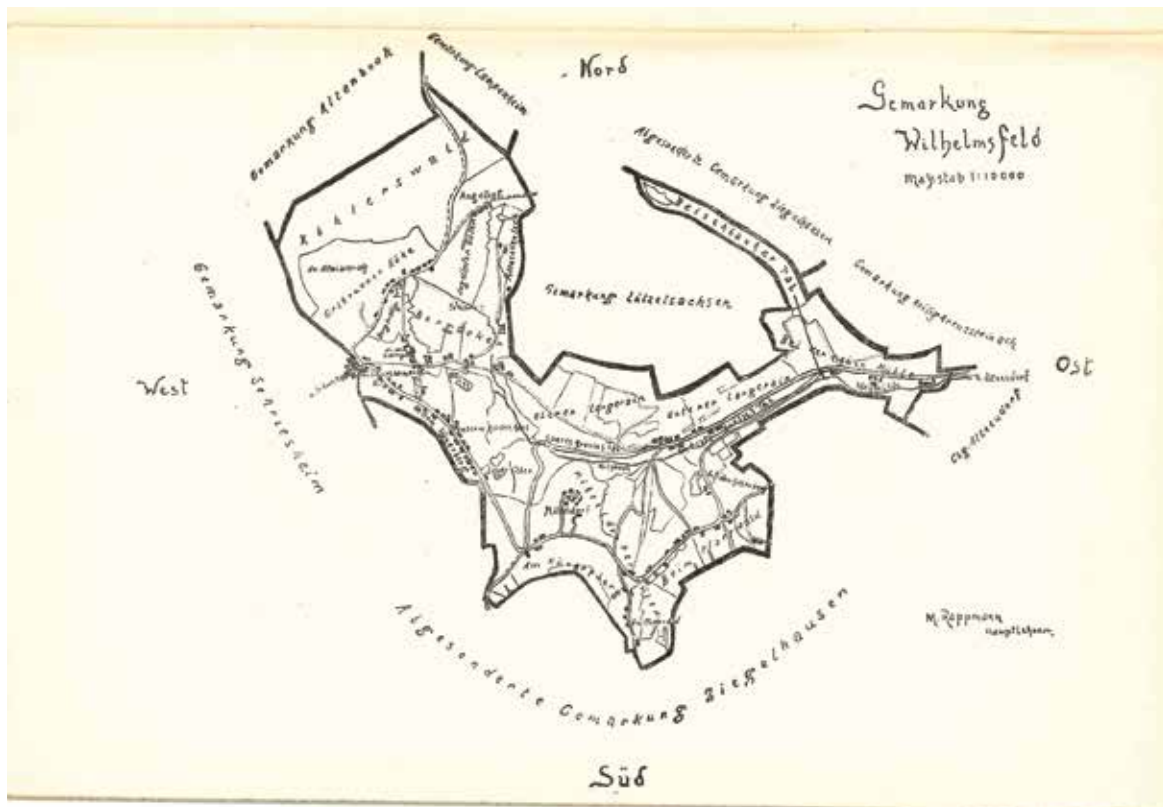
3. Ortsansässige Banken müssen bleiben

Um die oben genannten Punkte zu gewährleisten muss die Infrastruktur in Wilhelmsfeld unbedingt verbessert werden. Die große Chance der Zuwanderung neuer Einwohner darf nicht ungenutzt bleiben.

Wir haben die Verpflichtung, was Versorgung und Infrastruktur angeht, alles dafür zu tun, dass Wilhelmsfeld nicht auf der Strecke bleibt. Jeder Bürger hat das Recht auf eine gute Lebensqualität.

Sollte die Versorgung, wie oben angeführt, nicht als vorrangiges Ziel im Vordergrund stehen, hat dies zur Konsequenz:

- Weite Wege für den Bürger zu den entsprechenden Versorgungseinrichtungen, dadurch wiederum erhöhte Kosten und mehr Zeitaufwand
- Ältere Bürger werden dadurch extrem benachteiligt bei Pflege, Krankheit und im alltäglichen Leben



WILHELMSFELD 1925 – AUF DIESER KARTE KANN MAN GUT SEHEN, WIE WILHELMSFELD ENTSTANDEN IST. DIESE WEITLÄUFIGE SIEDLUNGSFORM MACHT HEUTE EINIGE PROBLEME: FEHLENDER ORTSKERN, VIELE STRASSEN UND SEHR UNTERSCHIEDLICHE BEBAUUNGSPLÄNE, QUELLE: WILHELMSFELD – SEIN, WERDEN UND WACHSEN VON HAUPTLEHRER MAX RAPPMANN.

WAS TUT SICH AM BUCHENHAIN?

von Stefan Lenz

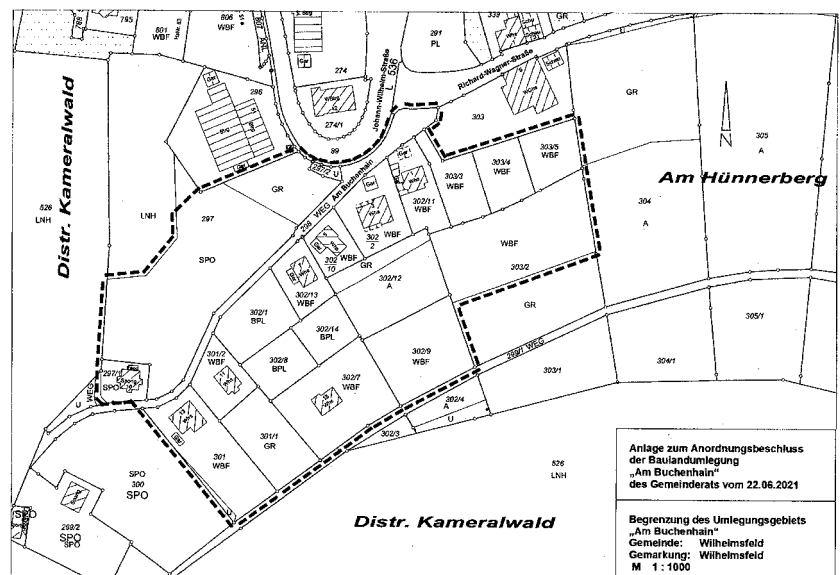
Der Bebauungsplan links der Straße Buchenhain ist schon länger beschlossen, aber die Umlegung der Grundstücke noch nicht erfolgt. Damit ist der gültige und genehmigte Bebauungsplan für die Grundstückseigentümer nicht vollständig umsetzbar. Hinzu kommt, dass inzwischen rechts des Buchenhains die Tennisplätze verlassen sind und langsam zuwachsen. Es wird an dieser Stelle vermutlich keine Sportstätte mehr entstehen. Das ist der derzeit gültige rechtliche Stand im Hinblick darauf, was auf diesem Gelände möglich ist. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat Ende 2020 nochmals eine Überarbeitung des Bebauungsplans links des Buchenhains und eine komplette Veränderung des Bebauungsplans rechts der Straße beschlossen. Die beiden Plangebiete wurden vereint. Parallel dazu wurde das schon lange überfällige Umlegungsverfahren auf den Weg gebracht. Erste Einzelgespräche mit den Anwohner*innen haben ebenfalls stattgefunden, da eine Umlegung natürlich auch immer mit Kosten verbunden ist. Die Grundstückseigentümer haben durch den neuen Bebauungsplan einen Erschließungsvorteil, weil das Grundstück aufgrund der Möglichkeit zur Bebauung deutlich an Wert gewinnt. Gleichzeitig kommen Kosten auf den einzelnen Grundstückseigentümer zu. Im Fall des Buchenhains kommt noch eine dritte Problematik dazu: Der Buchenhain ist als Straße noch nicht erschlossen und liegt teilweise sogar auf Privatgrund. Die Straße muss daher bei der Neuordnung des Gebiets auf öffentlichen Grund gelegt werden. Die Anwohner*innen haben auch noch keine Erschließungsbeiträge für den Straßenausbau gezahlt, sondern unter Umständen lediglich für Wasser und Abwasser. Die Erschließung des Buchenhains als Straße hat übrigens mit dem aktuellen Bebauungsplanung und Umlegung nichts zu tun, sondern ist ohnehin noch von den Anwohner*innen zu zahlen.

Noch gibt es **keinen Entwurf** für einen Bebauungsplan. Der Gemeinderat hat lediglich die Aufstellung des Plans durch das Planungsbüro Glup aus Sinsheim beauftragt. In diesem Gebiet wird es insofern interessant werden, da mit den Anwohner*innen konkret gesprochen werden muss, wie dicht die Bebauung sein soll. Je mehr Baurechte in dem Plangebiet geschaffen werden, desto (finanziell) wertvoller wird jeder Quadratmeter eines Grundstücks. Dadurch wird natürlich die Umlegung finanziell auch attraktiver. Auf der anderen Seite liegt es im Interesse der Anwohner*innen möglichst eine lockere Bebauung zu schaffen. Dieser Ausgleich muss im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens und des parallel dazu stattfindenden Umlegungsverfahrens gefunden werden. Da es noch keinen Plan gibt, kann auch keine Aussage gemacht werden, wie dicht die Bebauung geplant wird, demnach kann auch noch keine Zahl benannt werden, wie viele Bürger*innen dort letztendlich einmal wohnen werden.

Sobald dieser Entwurf vorliegt werden wir die Anwohner*innen einladen und mit ihnen diesen Entwurf vor der ersten Beschlussfassung im Gemeinderat diskutieren. Dieser erste Entwurf wird dann ohnehin noch einmal in die breite Anwohner-, Bürger-, und Fachbehördenanhörung gehen.

Hinzu kommt, dass durch Waldabstand auch die Möglichkeiten in dem Gebiet begrenzt sind. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung den Gutachterausschuss für den Umlegungsausschuss neu besetzt. Gleichzeitig wurde das Büro Neureither Mosbach/Mannheim als Sachverständigenbüro für die Durchführung der Umlegung beauftragt.

Die Gemeinde Wilhelmsfeld hat in den letzten zwanzig Jahren die Bebauung am Tannenweg (hier gab es aber schon teilweise eine Bebauung) und eine Bebauung entlang des Rainwegs und Höhenwegs beschlossen. Dies waren alles recht kleine Maßnahmen.



**DAS PLANGEBIET STEHT FEST, NEU SIND DIE TENNISPLÄTZE IM GEBIET.
EIN BEBAUUNGSPLAN WIRD NUN VOM PLANUNGSBÜRO GLUP ERSTELLT.**



Impressum

V.i.S.d.P. Dina Lindner,
Johann-Wilhelm-Straße 74,
69259 Wilhelmsfeld

Herausgeber:

Freie Wähler Ortsverband Wilhelmsfeld

Redaktion: Dina Lindner, Stefan Lenz,

Klaus Höhr, Brit Boyde,

Werner Hertel, Marion Bauder.

Wer sind die Freien Wähler Wilhelmsfeld

Wir stellen vier Gemeinderäte und den Ersten Stellvertretenden Bürgermeister im Wilhelmsfelder Gemeinderat. Wir sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich bei uns einbringen wollen.

Besuchen Sie unsere **Kommunalpolitischen Treffen**. Termine finden Sie im Amtsblatt oder auf unserer Homepage unter: <https://www.fw-wilhelmsfeld.de>. Hier besprechen wir jede Gemeinderatssitzung vor und diskutieren neue Konzepte und Ideen.

Gerne können Sie auch Ihre Anliegen und Ideen den **Gemeinderäten** vorstellen:

Stefan Lenz

Fraktionssprecher und Erster
Bürgermeister-Stellvertreter
stefan.lenz@fw-wilhelmsfeld.de
Telefon: 06220.5217111
Signal: 0176.12013811

Klaus Höhr

klaus.hoehr@fw-wilhelmsfeld.de
Telefon: 06220.276

Brit Boyde

brit.boyde@fw-wilhelmsfeld.de
Telefon: 0173.97 48 376

Werner Hertel

werner.hertel@fw-wilhelmsfeld.de
Telefon: 06220.63 51

oder unserem **Vorstand**:

Dina Lindner

dina.lindner@fw-wilhelmsfeld.de
Telefon: 0176.62 22 54 22

Marion Bauder

marion.bauder@fw-wilhelmsfeld.de
Telefon: 06220.31 41 53 0

Nutzen Sie auch unseren Telegram-Kanal:
<https://t.me/wilhelmsfeld>